



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Margarete Bause, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Keine Dublin-Überstellungen nach Ungarn – Wegen Menschenrechtsverletzungen Sanktionen gegen Ungarn einleiten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich im Bund dafür einzusetzen, dass Überstellungen von Asylsuchenden nach Ungarn aufgrund der Menschenrechtsverletzungen auszusetzen sind;
- sich zudem angesichts der schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen bei der Internierung und Zurückschiebung von Flüchtlingen auf Bundes- und Europaebene für Sanktionen und Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn einsetzen;
- die Kontakte der Staatsregierung zur Regierung von Ungarn dahingehend zu nutzen, sich für einen humanen Umgang mit den Geflüchteten in Ungarn einzusetzen.

Begründung:

Flüchtlinge, die nach Ungarn gelangen, sollen entsprechend einer aktuellen Gesetzesinitiative in den seit September 2015 bestehenden Transitzonen an der serbisch-ungarischen Grenze in geschlossenen Lagern inhaftiert werden – während der gesamten Dauer ihres Asylverfahrens, das gilt auch für unbegleitete Minderjährige ab 14 Jahren. Selbst bereits im Land lebende Flüchtlinge sollen in den Containercamps entlang der südlichen Grenzen Ungarns interniert werden, die mit Stacheldraht gesichert werden. Asylanträge sollen nur noch in den Lagern gestellt werden können. Bis zur Entscheidung über ihr Asylverfahren sollen die Flüchtlinge diese Lager nicht verlassen dürfen.

Die rechtskonservative Regierungspartei Fidesz und die in Ungarn als rechtsextrem eingestufte Jobbik haben dieser Gesetzesinitiative der Regierung von Ungarn bereits zugestimmt. Das Gesetz soll in dieser Woche in Kraft treten. Der UNHCR (Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen) äußerte scharfe Kritik an der pauschalen Internierung von Asylsuchenden: „Das neue Gesetz verletzt Ungarns Verpflichtungen nach internationalem und EU-Recht und wird einen schrecklichen Effekt auf die physische und psychologische Gesundheit von Frauen, Kindern und Männern haben, die schon vorher viel erleiden mussten“.

Am 24. Februar hatte das Hungarian Helsinki Committee (HHC) gemeinsam mit Human Rights Watch (HRW) in einem Brandbrief an die Europäische Kommission vor den Gesetzesänderungen gewarnt und an die Kommission appelliert, einzugreifen. Neben der Masseninhaftierung von Schutzsuchenden solle auch die völkerrechtswidrige Zurückweisungspraxis (Push Backs) von in Ungarn aufgegriffenen Flüchtlingen an die serbische Grenze auf das gesamte Land ausgeweitet werden – bisher galt dies für Aufgriffe, die maximal acht Kilometer von der Grenze entfernt erfolgten. HHC und HRW hatten zahlreiche gewaltsame Übergriffe und Misshandlungen durch ungarische Grenzbeamte während solcher Rückführungen dokumentiert. Der Zugang zu ungarischem Territorium sei bereits jetzt durch vorhergehende Gesetzesinitiativen massiv erschwert. Lediglich über die zwei Transitzonen in Röszke und Tompa werden rund 25 Schutzsuchende wöchentlich eingelassen, um ein Asylgesuch zu stellen. Über 7.000 Schutzsuchende harren daher unter katastrophalen Bedingungen in Serbien aus. Auch wem es gelingt, Zutritt zu den Transitzonen zu erhalten, findet in Ungarn kaum Schutz: Seit Juli 2015 erachtet Ungarn Serbien als sicheren Drittstaat – wer über das südliche Nachbarland einreist, dessen Asylgesuch wird in der Regel als unzulässig erachtet und nach Serbien zurückgewiesen. Nur 425 Menschen erhielten 2016 einen Schutzstatus in Ungarn. Angesichts der dramatischen Menschenrechtslage und eklatanten Rechtsverletzungen gegen Schutzsuchende in Ungarn sind Dublin-Überstellungen in das Land unverzüglich einzustellen. Finnland, Italien und Tschechien haben Abschiebungen nach Ungarn bereits ausgesetzt – auch die Bundesregierung muss endlich handeln.

Der von der ungarischen Regierung propagierte Ausstieg aus dem Völkerrecht ist zu sanktionieren, die EU-Kommission muss weitere Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn einleiten.